ag. 12. Februar 193.
granaten
Berlin, 11. Februar.
Berlin-Charlottenburg
der Goethestraße ein
re Schüsse abgegeben
Schaufenster in den
al anwesenden 25 Na-
letzt. Die Täter sind
nmen.
6jährige Arbeiter Ri-
schwer verletzt, daß
arb.
niversität
ität kam es anläßlich
Studenten, die ver-
zwischen republika-
enten. Die Polizei
Schlägerei setzte sich
. Die Kundgebung
henfällen in Breslau
infeld gewidmet sein.
childesche.
hr vorm. Gottesdienst
rgottesdienst.
hr abends Bibelstunde
gesimä wird in den
gepredigt werden.
. Die Abendver-
l ausfallen.
dchen.
im wieder geöffnet.
ik.
bei zeitgemäßen
thel bei Bielefeld
ener Christ, in den
ren, ledig, an strenges
enhaftes Arbeiten ge-
t
Arbeit
cher Art zu bescheid.
Bei Vertrauens-
Kaution gestellt werd.
nisse sind vorhanden.
nter A 3093 an die
lle dieses Blattes.
lle des vereidigten Ehe-
odinus, Bielefeld, ist die
theit meines
Honig
ose 9 Pfd. netto 8.90 RM,
Klee-Lindenblüte 10.90
se 5.20 RM und 6.10 RM
achnahme 30 Pfg. mehr.
r. Rücknahme.
orgeln 2, Kr. Soest.
ig ist auch in Ophir,
kaufstellen der Anstalt
hel zu haben.
ethel.
n allen Haus- und
für einige Vor-
Exped. d. Blattes.

Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.85 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 38. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 14. Februar 1933. | 15. Jahrgang.

Das Paradies kann mir
im reinen Herzen sein.
Trägst du es nicht in dir,
so kommst du nicht hinein.

Tersteegen.

Italien und die neue deutsche Regierung

Daß Italien den deutschen Regierungswechsel nicht nur mit Interesse, sondern auch mit ausgesprochener Sympathie aufnehmen würde, war natürlich vorauszusehen. Daß bei dieser Gelegenheit der eigene Faschismus als geistig verwandt, ja sogar als eigentliches Vorbild hingestellt wird, kann man der italienischen Presse, die ja dem Volkscharakter entsprechend gern den Mund etwas voll nimmt, nicht weiter übel nehmen. Mit gewaltigen Schlagzeilen, ausführlichen Meldungen und Leitartikeln nahm man von den deutschen Ereignissen Kenntnis und versicherte den neuen Kanzler des italienischen Wohlwollens, zumal dieser, wie mit besonderer Befriedigung berichtet wird, seinem Wunsch nach Zusammenarbeit deutlich Ausdruck gegeben hatte.

„Die Regierungskrise", schreibt „Popolo d'Italia", „hat diesmal ihre Lösung gefunden mit einer Schnelligkeit, die selbst den Beteiligten überraschend kam. Mit der diesmaligen Lösung der Krise, die innerhalb von acht Monaten die dritte war, ist die Schicksalsstunde Deutschlands eingetreten, die Stunde nationalen Erwachens, nach der seit Jahren Millionen deutscher Seelen in dauernder Erwartung ausgeschaut hatten. Adolf Hitler ist zum Kanzler ernannt, das Braunhemd zur Macht gekommen. Dies ist in der heutigen Weltchronik das wichtigste Ereignis. Daneben aber ist zu registrieren die endliche Zusammenschweißung aller nationalen Kräfte Deutschlands durch die Wiederherstellung der Harzburger Front und die Aussöhnung des Reichspräsidenten mit dem Führer der Hakenkreuzler. Die Krisis, gekommen wie ein Blitz, ist auch wie ein Blitz verschwunden, während in den Kreisen derer, die bisher das Heft in Händen hatten, die Verwirrung ihren Höhepunkt erreicht hatte. Nach langen Verhandlungen wurde endlich das Bündnis zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Stahlhelm erreicht. Das Zentrum blieb dabei unberücksichtigt, da ja in ihm zwei entgegengesetzte Strömungen sich bekämpfen: Die Richtung Kaas, die an sich einem Rechtsblock mit Teilnahme des Zentrums nicht abgeneigt ist, und die Richtung Stegerwald (Gewerkschaften), die von einem Kabinett Hitler—Papen nichts wissen will.

In großer Ausführlichkeit wird dann berichtet über die neue Ministerliste, über die Sicherungsmaßnahmen, den Aufruf an das deutsche Volk, das Gelöbnis der Nationalsozialisten, die Begeisterung Berlins bei dem Fackelzug des ersten Abends u. a. m.

Das römische „Giornale d'Italia" schreibt: „Das erste, was man angesichts der neuen Regierung sagen muß, ist dies: Triumph des neuen Deutschlands. Des neuen Deutschlands, insofern als sie eine klare Absage ist an das System von Weimar, das dem Kriege folgte und das sich rasch in senilen Parlamentarismus verlor. Deutschland kehrt zu seinen nationalen Werten zurück, aber mit einem Regierungssystem, das neue Strömungen und Bedürfnisse berücksichtigt, das sich anschließt an die große geistige und wirtschaftliche Revolution, die nun einmal in allen Teilen der Welt vor sich geht.

In diesem neuen Deutschland, als dessen Vertreterin uns jetzt die neue Regierung erscheinen will, bemerkt man allerlei neue Elemente. Da ist zunächst die gewaltige Lebenskraft, die in der Hitlerbewegung steckt. Was werden jetzt die voreiligen Leute sagen, die ihr längst den Untergang prophezeiten, die da einige leichte Schwankungen glaubten ausmünzen zu müssen, als ob solche Volksbewegung sich messen ließe an dem Schwanken der Wählerstimmen? Wenige Wochen nach der voreiligen Beerdigung, die Zeitungen anderer Länder der Bewegung glaubten bereiten zu müssen, tritt nun Hitler die Macht an, die sich in den lebenswichtigsten Teilen auf seine Partei stützt. Hindenburg und ein gewaltiger Teil der deutschen Bevölkerung haben begriffen, daß zur Lösung all der riesigen Probleme neuer Geist und neue Methoden vonnöten sind.

Das zweite bemerkenswerte Element des neuen Deutschlands, das sich jetzt in Marsch setzt, ist die endlich erreichte Einigung all der gesunden nationalen Kräfte, die die Grundlage und Stärke der Nation bedeuten. Man kannte bei uns all die Trennungsstriche, die zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelm vorhanden waren. Mit diesen Trennungsstrichen spekulierten ja stets die Weimarer Parteien. Jetzt fand sich die klare Basis zur Vereinigung all dieser nationalen Kräfte. Diese Basis heißt: Deutschland! Alle persönlichen Aspirationen haben sich nunmehr diesem hohen Ziel untergeordnet. So wirkt der Faschismus über die Grenzen hinaus."

Die römische „Tribuna" schreibt: „Hitler, jetzt an der Macht, kann nicht von seinem Ziel der Erneuerung Deutschlands zurück, das ihm die Scharen der Heimkehrer und der Jugend zugeführt hat. Hitler, der von Anfang an auf Mussolini und sein Werk geschaut hat, mag wohl eine parlamentarische Mehrheit als einen Ausweg ansehen, aber niemals als Maßstab seines Handelns. Wir warten mit Spannung auf sein und seiner Mitarbeiter Werk."

Der „Lavoro Facista" endlich schreibt: „Hitlers ausdauernder Kampf, der zwischen Siegen und Mißerfolgen schwankte, führte nun endlich zur Bildung einer Regierung, die das große Verdienst hat, daß sie — nicht rein aus Hitleranhängern besteht, sondern im weitesten Maße alle nationalen Kräfte verkörpert. Die Harzburger Front bildet sich neu, nicht in wahltechnischer Funktion, wohl aber mit einem klaren Regierungsziel. Das will bedeuten, daß die Männer, die zusammen mit Hitler zur Macht kamen, die berufenen Vertreter des jungen Deutschlands sind, des Deutschlands, das nicht mehr Anleihen bei veralteten Regierungsmethoden macht, sondern das entschlossen ist, sein eigenes Lebensrecht zu behaupten, auf dem gleichen Niveau mit den anderen Staaten. Das Ereignis von heute beweist, daß es tatsächlich Möglichkeiten und Wege gibt für junge, arbeitskräftige Völker, die noch gesund sind und fähig, sich eine kraftvolle Regierung zu schaffen. Gehört Deutschland zu diesen? Wir glauben: Ja! Deswegen erwarten wir mit fröhlichem Zutrauen die Taten der neuen Regierung."

Mit besonderer Genugtuung berichten die italienischen Blätter von der Unterredung, die Hitler ihren Berliner Vertretern gewährte. Bei dieser Gelegenheit betonte Hitler, daß ein gutes Zusammenarbeiten zwischen den beiden Völkern ihm notwendig erscheine, auch um des europäischen Friedens willen. Dabei habe Hitler, so wird weiter berichtet, mit einer gewissen Ironie von den Bemühungen eines Teils der ausländischen Presse gesprochen, zwischen seinen Worten als Kanzler und den früheren als Vorkämpfer seiner Partei einen Gegensatz zu konstruieren in dem Sinne, daß er doch früher eine große Gefahr für den Frieden Europas bedeutet habe. „Ich habe nie", so werden Hitlers Worte zitiert, „Haß gegen irgendwen gesät. Ich habe mich darauf beschränkt, immer wieder zu betonen, daß dem deutschen Volke die Rechte zuerkannt werden müssen, die es als wesentliches Element der europäischen Kultur beanspruchen kann. Auch Italien verlangt mit Recht, daß man ihm als großer Nation sein Recht gebe, und das ist einer der Gründe, weswegen sich die beiden Länder in einem großen, gemeinsamen Ziel zusammengefunden haben. Deswegen ist auch ein Zusammengehen in den großen Lebensfragen der Völker leicht zu erreichen. Ich versichere: Von deutscher Seite wird nichts vernachlässigt werden, was dieser Zusammenarbeit dienen könnte." Er soll geschlossen haben mit folgenden Worten: „Und nun erlaubt mir daß ich, nicht als verantwortlicher Leiter der deutschen Politik, sondern als einfacher Mann der Tat, an euch meinen Gruß richte, der um so mehr aus vollem Herzen kommt, weil ich mir durchaus darüber Rechenschaft gebe, daß meine Gedanken und Empfindungen in vielen, vielen Punkten sehr verwandt sind mit denen eures Volkes."

br.

Die deutsche Revolution

Der Revolutionär, der sich bis dahin um die Bedingungen des Staates, den er als Oppositionsmann kritisierte, nicht sonderlich zu kümmern pflegte, muß die für ihn einigermaßen verblüffende Entdeckung machen, daß die politische Welt, in die er nunmehr tritt, auf Gesetzen beruht, in Bindungen hängt, von Verknüpfungen abhängt, über die er sich nicht einfach hinwegsetzen kann. Er, der bisher unverantwortlich war, erfährt zum erstenmal eine Verantwortung. Moeller van den Bruck.

Jedes Volk hat seine in der Geschichte begründeten Eigentümlichkeiten, seine national charakteristischen Stärken und Schwächen. Jedes Volk lebt seine eigene Geschichte. Die Auffassung der Begriffe wie Obrigkeit, Volksvertretung, Sozialismus und Revolution sieht jedes Volk aus der Perspektive seines nationalen Eigenlebens. Sobald ein Volk dieses Eigenleben nicht mehr anerkennt oder nicht mehr anerkennen will und sich staatliche und gesellschaftliche Formen anzueignen versucht, die es einer anderen Nation nachahmen will, muß es bald die Erfahrung machen, daß dies unmöglich ist und das Staatsleben außerordentlich gefährdet.

Diese Erfahrung hat das deutsche Volk in der Nachkriegszeit in sehr unangenehmer Weise, vor allen Dingen in bezug auf die Revolution machen müssen.

Es ist in letzter Zeit sehr viel über den deutschen Sozialismus im Gegensatz zum marxistischen Sozialismus geschrieben worden. Aber der Unterschied zwischen einer deutschen Revolution und der westlich-liberalischen und russisch-bolschewistischen ist noch sehr wenig hervorgehoben worden.

Was heißt: deutsche Revolution?

Um diese Frage zu beantworten ist es nötig, die deutsche Geschichte daraufhin zu betrachten und wir müssen die Feststellung machen, daß wir in Deutschland eigentlich keine jener grundlegenden Umwälzungen erlebt haben wie Frankreich, England und Rußland. Die einzige entscheidende Umwälzung war die deutsche Reformation, verkörpert in der urdeutschen Gestalt Luthers. Aber dieser Umsturz war religiöser, nicht politischer Art und fällt daher für unsere Betrachtungen fort. Wir werden bei der Prüfung unserer Geschichte zu dem Ergebnis kommen, daß wir keine eigentlichen Revolutionen erlebt haben, sondern eine Geschichte der Erneuerungen. Der Franzose stürmte die Bastille und der Russe ermordete die Zarenfamilie. Der Deutsche restaurierte. Er restauriert heute noch.

Wenn wir oben sagten, das deutsche Volk habe in bezug auf die Revolution schlechte Erfahrungen gemacht, so denken wir an den November 1918. Diese Revolte war keine deutsche Revolution. Es war die schlecht gelungene Kopie einer westlich-liberalen. Man versuchte die Anschauungen Westeuropas, ungeachtet der geschichtlichen Eigenart unseres Volkes, nach Deutschland zu verpflanzen. Man glaubte, ein Volk, das gewohnt war, sich von einem Friedrich dem Großen, einem Stein und Bismarck regieren zu lassen, mit den „Errungenschaften" der französischen Revolution, einem demokratischen Parlamentarismus, beglücken zu können. Das war im höchsten Grade undeutsch nud entsprach nicht unserem nationalen Eigenleben. Aber nicht nur das Ziel dieser Revolte war undeutsch, sondern auch der Geist der „Revolution". Das geistige Fundament, auf dem der November 1918 steht, ist der Marxismus; jene materialistische Weltanschauung, die aber auch nicht das geringste mit deutschem Wesen zu tun hat. Es ist die Weltanschauung jenes Vertreters der orientalischen Rasse, der sich berufen fühlte, sich in die soziologischen Angelegenheiten der europäischen Völker einzumischen. Diese Mischung von Materialismus, Pazifismus, Internationalismus und Klassenkampf wurde dem deutschen Volk als das Neue angeboten. Gar bald erkannte es diesen nationalen Betrug. Es lehnte den Marxismus ab. Die November-Revolte hatte ein Staatsgebäude gestürzt, aber nichts Gleichwertiges an seine Stelle setzen können. Das deutsche Volk ging leer aus. Der Novemberakt blieb ein Streich, den Moeller van den Bruck eine „fäkuläre Dummheit" nannte. Somit erlebten wir 1918 nicht, was wir unter einer deutschen Revolution verstehen; einmal deshalb nicht, weil dem deutschen Volk nichts Neues gegeben wurde und zum anderen, weil das geistige Fundament wie das Ziel nicht dem Eigenleben des Deutschen entsprachen.

Auf Grund der geschichtlichen Untersuchung stellen wir fest, daß die deutsche Revolution immer ein allmähliches Preisgeben des Alten gewesen ist. Da wir seit Ausbruch des Weltkrieges innerlich noch nicht zur Ruhe gekommen sind und auch heute noch nach der Neugestaltung unseres Volkslebens ringen, leben wir in einer schleichenden Revolution. Der revolutionäre Zustand, in dem wir uns seit 1914 befinden, ist uns erst zum Bewußtsein gekommen, seitdem wir das erleben, was wir „Welt- und Wirtschaftskrise" zu nennen pflegen. Mit Brüning trat diese heimliche Revolution zuerst sichtbar in Erscheinung. Das deutsche Volk lehnte sich gegen den Marxismus auf. Es suchte und fand seinen politischen Glauben im Nationalismus und deutschen Sozialismus. Beide wurden das Ziel der deutschen Revolution. Durch äußere und wirtschaftliche Umstände sah sich der damalige Kanzler gezwungen, die alten Anschauungen zugunsten des Revolu-

411 Städt. Bibliothek S 839

tionären preiszugeben. Mit Hilfe des Paragraphen 48 bereitete er dem deutschen Sozialismus den Weg. Wir erinnern uns der staatlichen Eingriffe in das Bankwesen und die Schiffahrt (Hapag — Lloyd). Das deutsche Volk gewöhnte sich daran, sich staatliche Eingriffe in die Lohnpolitik und sogar in die Privatverträge (Mietverträge) gefallen zu lassen. Alles dies geschah unter dem Deckmantel der „Not"-Verordnungen. Aus der Not wurde eine Tugend. Die deutsche Revolution „marschierte" nicht, sie schlich.

Brüning ging. Es kam von Papen. Der neue Kanzler hatte die „Gefahr" der schleichenden Revolution des deutschen Sozialismus erkannt. Er versuchte die Entwicklung aufzuhalten. Ja noch mehr, er wollte das Rad der Geschichte rückwärtsdrehen. Darüber kam er zu Fall. Andererseits trieb er die Entwicklung nach der nationalen Seite vorwärts. Er zerbrach die marxistische Herrschaft in Preußen.

Auf ihn folgte Schleicher. Die kurze Regierungszeit war für die Entwicklung als solche ohne Bedeutung. Es war ein unwesentlicher Stillstand im Lauf der großen historischen Entwicklung.

Nun hat der Reichspräsident Hitler, den Führer und Verkörperer der deutschen Revolution, mit der Kanzlerschaft betraut. Wir stehen heute an der Stelle, auf die uns Moeller van den Bruck in dem oben angeführten Zitat hinweist. Der Revolutionär erfährt zum erstenmal etwas von Verantwortung in der Staatsführung. Er muß einsehen, daß die Dinge in politischen Leben gesetzmäßigen Zusammenhängen und Bindungen unterworfen sind, die sich nich willkürlich auseinanderreißen lassen. Der russische Sozialist konnte es sich erlauben, das Alte heute zu zerschlagen und das Neue morgen an seine Stelle zu setzen. Die deutsche Revolution sieht eben anders aus. Sie ist eine schleichende Restauration. Wir erleben sie täglich bewußt oder unbewußt mit. In diesen Tagen tritt sie besonders stark in Erscheinung. Sie hat die Führung übernommen und tritt von jetzt ab vielleicht in ihr entscheidendes Stadium. Es ist natürlich schwierig, in den ersten Tagen einer sich wesentlich neugestaltenden Epoche eine Prognose über den weiteren Verlauf der deutschen Revolution zu geben. Wesentlich ist im Augenblick die Frage: Wo stehen wir?

Die Antwort gibt uns eine Betrachtung des Kabinetts Hitler. Die Reichspressestelle der N.S.D.A.P. sagt selbst in ihrer Erklärung zu dem neuen Kabinett: „Die N.S.D.A.P. weiß, daß die neue Regierung keine nationalsozialistische ist . ." Damit gibt die Partei selbst zu, daß das Ziel der Revolution nicht in dem Kabinett rein verkörpert ist. Das ist das, was Moeller van den Bruck Gesetzmäßigkeiten und Bindung nennt. Das Alte ist noch vertreten und wird langsam abgleiten, um durch das Neue verdrängt zu werden. Wesentlich ist, wer den stärkeren Einfluß haben wird, die Gruppe Hugenberg-Papen oder Hitler-Frick. Denn darüber müssen wir uns klar sein, daß diese Gegenstände im Laufe der Zeit mehr oder weniger auftreten werden. Hierzu ist die Fortsetzung des oben angeführten Satzes der nationalsozialistischen Reichspressestelle von Wichtigkeit: „ . . . aber sie ist sich dessen bewußt, daß die Regierung den Namen ihres Führers Adolf Hitler trägt." Es wird sich zeigen, ob Adolf Hitler auch als Staatsmann „der" Führer sein wird, der er in seiem 14jährigen Kampf der Partei und der SA. gewesen ist.

L. Weiland.

Sparerbund und aktuelle Wirtschaftsfragen.

Der Sparerbund für das Deutsche Reich (Schutzverband der Gläubiger, Sparer, Rentner usw.) e. V. hatte die Vertreter der Presse in die Räume der Deutschen Gesellschaft von 1914 eingeladen. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Geh. Reg.-Rat Professor Flamm, referierte Rechtsanwalt Dr. Roß-Dortmund über „Kommunale Umschuldung und Hauszinssteuerproblem — Ansprüche der Gläubiger". Ausgehend von der gesetzlichen Begründung der Hauszinssteuer, zeigte er die schlimmen wirtschaftlichen Folgen dieser Sozialisierung des Hausbesitzes und der Hypothekengläubigerforderungen und erklärte sich gegen die kürzlich veröffentlichten Pläne über eine Abfindungs-Hypothek, die den Zwecken der kommunalen Umschuldung dienstbar gemacht werden soll. Diese „Staatshypothek" würde ein neues Unglück werden. Der Sparerbund hat durch eine Denkschrift Wege gezeigt, die zur Wiederherstellung des Vertrauens der Gläubiger und Sparer führen. Hierzu ist erforderlich, daß sparsamste Wirtschaft in den Kommunen einsetzt, und daß die berechtigten Ansprüche der Gläubiger und Sparer anerkannt werden. Die jetzige Absicht, die Hauszinssteuerkapitalien zur Gemeindeentschuldung nutzbar zu machen, sei der beste Beweis dafür, daß „etwas da sei", wodurch die Gläubigeransprüche befriedigt werden könnten. Eine nochmalige Enteignung durch die Staatshypothek könnte nur zur weiteren Vertrauenserschütterung und weiterem Chaos im Wirtschaftsleben führen. Durch absoluten Schutz der Sparer- und Gläubigerrechte würden sich dagegen zwangsweise Eingriffe auf den Gebieten des Kapitalverkehrs infolge der Wiederkehr des Vertrauens und der Wiederherstellung einer notwendigen Menge halbflüssiger Sparvermögen überflüssig machen.

Oberbürgermeister Siegrist-Karlsruhe behandelte die Frage „Arbeitsbeschaffung — langfristiger Kredit — Anleiheablösung". Die zwecks erfolgreicher Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendigen Milliarden seien nur zu beschaffen durch langfristige Anleihen. Nach eingehender Kritik des Anleiheablösungsgesetzes, das den langfristigen Kredit zerstört hat, sowie der Reichsgerichtsrechtsprechung, behandelte er u. a. folgende Forderungen des Sparerbundes: Erhöhung des Nennbetrages der Ablösungsschuld auf das Zehnfache, laufende Verzinsung der Ablösungsschuld mit mindestens 3 v. H. unter Wegfall der Auslosung, sowie der Vorzugs- und Wohlfahrtsrenten, soweit diese nicht höher sind als die ihren Beziehern künftig zufließenden Jahreszinsen, Ausdehnung dieser Neuregelung auf die Markanleihen der Länder und Gemeinden unter Einführung der Rückwirkung bis 1. Januar 1919. Die Erfüllung dieser Forderungen würde eine Mehrbelastung des Reiches durch die Verzinsung der Ablösungsschuld um nur etwa 230 Millionen gegenüber den bisherigen (jährlich steigenden) Aufwendungen bringen, andererseits würde sich aber eine wesentliche Minderung der Fürsorgelasten, eine Senkung des Kapitalzinses, die Erhöhung der Erträge fast aller Steuern, eine Stärkung der Kauf- und Sparkraft und damit eine Belebung der privaten Wirtschaft einstellen. Diese Lösung würde bedeuten: Rückkehr des allgemeinen Vertrauens zur Rechtsordnung und zur Rechtssicherheit der öffentlichen Anleihen, also die Wiederherstellung des langfristigen Kredites der öffentlichen Hand.

Reichsgerichtsrat Dr. Zeiler-Leipzig machte Ausführungen über das Thema „Recht und Wirtschaft". Ausgehend von den Erfolgen des Sparerbundes in der Aufwertungsfrage, die Schritt um Schritt erkämpft werden mußten, legte er die Notwendigkeit einer allmählichen Wiederbelebung des Gefühls für Recht und Billigkeit dar und behandelte die Frage der Wertbeständigkeit der Gläubigerforderungen. Für die seit der Inflationszeit neubegründeten Geldansprüche werde nach den schlimmen Erfahrungen der Inflationszeit ganz selbstverständlich eine Sicherung gegen eine Wiederkehr jener bösen Erlebnisse verlangt. Goldwertklauseln und andere Vereinbahrungen der Wertbeständigkeit sind selbst in der Inflationszeit, und sind seitdem als gültig und voll wirksam behandelt worden. Das müßte für einen Rechtsstaat eine Selbstverständlichkeit sein. Zugleich aber gäbe es keine bessere Sicherung gegen die Gelüste nach einer neuen Inflation und neuer Schuldenabschüttlung, als wenn die Verbindlichkeiten in großer Zahl wertbeständig begründet sind, der Schuldner also nicht erwarten kann, aus einem neuen Zusammenbruche der Währung eine ungerechtfertigte Bereicherung zu ziehen.

Rust über seine Aufgabe

Aufbau eines neuen geistigen Deutschlands.

Hannover, 13. Februar.

Der Reichskommissar für das preußische Kultusministerium, Rust, erklärte auf einer nationalsozialistischen Tagung, hinsichtlich der Reinigung der Volksschulen von allem Nichtdeutschen werde er alles, was undeutsch sei, mit aller Brutalität der Pflicht gesetzmäßig abschneiden. Diesbezügliche Verfügungen seien für die nächsten Tage zu erwarten. In den Volksschulen seien in erster Linie die Volkstugenden zu lehren. Weiter werde hier eine genaue Ueberprüfung des Unterrichtsstoffes durchgeführt werden.

Die verschiedenen Formen der höheren Schulen könnten an sich bestehenbleiben, doch komme es darauf an, daß ihnen allen der rechte Geist gegeben werde. Auch die Hochschulen müßten sich bewußt sein, daß sie sich vom Volke ernähren müssen. Der letzte große Sinn des Nationalsozialismus sei die freiwillige Unterwerfung unter das allgemeine Wohl des deutschen Volkes. Eines der ersten Ziele sei, den Ungeist des Marxismus' aus Deutschland hinauszubefördern und ein neues geistiges Deutschland aufzubauen.

Bumke bei Hitler

Der Antrittsbesuch des Reichsgerichtspräsidenten.

Berlin, 13. Februar.

Seitens der Reichsregierung und des Präsidenten des Reichsgerichts wird zu den Pressemeldungen über den Besuch des Präsidenten des Reichsgerichts bei dem Reichskanzler folgendes erklärt:

Der Präsident des Reichsgerichts hat den Reichskanzler aufgesucht, weil dieser den Wunsch geäußert hatt, wie die anderen Spitzen der Behörden, auch ihn persönlich kennenzulernen.

Von dem Inhalt der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen vom 6. Februar d. J. ist der Präsident des Reichsgerichts weder bei seinem Besuch, noch sonst vor Erlaß der Verordnung in Kenntnis gesetzt worden. Irgendein Versuch, die Auffassung des Präsidenten des Reichsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit von Maßnahmen der in der Verordnung getroffenen Art zu erkunden, ist selbstverständlich nicht unternommen worden."

Ein deutsches Troja!

Etwa 25 Kilometer von der jetzigen polnischen Grenze entfernt fließen Warthe und Netze, um sich bei Zantoch (Zusammenfluß) zu vereinigen, Reste des Urstroms, dessen hohes Ufer, die Gehöfte von Zantoch eng an die Warthe drängt, die dadurch ebenso wie das Bruch dem Hochwasser ausgesetzt sind.. Ursache dieser Wasserstauungen ist die Enge des Flußbettes und ein Hügel am jenseitigen Ufer.

Mit diesem Hügel hat es eine besondere Bewandtnis. Seit Jahren weiß der Historiker, daß hier die westslawischen Pommern und den ostslawischen Polen in Erbfehde lagen. Ursprünglich hatten die Pommern einen Brückenkopf jenseits der Warthe inne, bis sie verdrängt wurden und als Ersatz zwei größere Befestigungen auf dem anderen Ufer erbauten.

An der Geldfrage scheiterte bisher die Erforschung der Burgberge.

Um die Wassermassen schneller abfließen lassen zu können, beschloß man, das Bett der Warte zu verbreitern und den Hügel abzutragen. In wochenlanger Arbeit des Provinzialkonservators und des Tiefbauamtes wurde ein Durchschnitt des Hügels geschaffen, bis durch den starken Frost eine Pause in der Notstandarbeit eintreten mußte.

Eine Filmreise bot mir die Gelegenheit, unter freundlicher Führung meines gütigen Gastgebers die Burg von Zantoch zu besichtigen, von der ich im Herbst schon manches gelesen und gehört hatte.

Auf den ersten Blick sieht man sechs Schichten, die sich deutlich durch die dunklen Aschen und Kohlenstreifen voneinander abheben. Unter der Ackerkrume fand man Waffen aus der Schwedenzeit; dann folgt ein Mauerwerk aus Ziegeln im Klosterformate, Teile des Dachstuhles und der runden Dachziegel, aus dem 14. Jahrhundert. Vielleicht ein Gebäude, das zur ältesten St. Andreaskirche gehörte. Die nächste Schicht bilden Steinpflaster aus Kopfsteinen, Herdstellen, eine Toröffnung mit heizbarer Wachtstube.

Die unteren Schichten enthalten Holzbauten: gut konserviertes Rutengeflecht, Blockhäuser mit eingekerbten Kopfenden, wie ich sie in der Ukraine während des Krieges angetroffen habe.

Alle Schichten sind durchsetzt mit Knochen und Knochensplittern, Tonscherben mannigfachster Art, die es Professor Unverzagt, dem Leiter der Ausgrabungen, u. seinen Mitarbeitern ermöglichen, das Alter jeder Schicht festzustellen.

Auch die berüchtigten Ephraimthaler wurden außer anderen Münzen entdeckt. Zu unterst befanden sich Bruneneinfassungen, und sogar ein gewisses Kämmerchen, dessen Inhalt mit Moos durchsetzt war.

Noch nach 1000 Jahren zeugt so der Hügel, daß Feuer und Schwert an der Grenze der Ostmark herrschten, daß die West- und Ostslawen feindliche Brüder waren, die mit großer Erbitterung um die Grenzen ihres Gebietes rangen und mit Zähigkeit ihre Befestigungen immer wieder errichteten, sobald sie vernichtet waren.

Dieses Bilderbuch der Geschichte soll uns aber ermutigen, den Kampf um die jetzt wieder so umstrittene und gefährdete Ostmark aufzunehmen; sei es durch Neusiedlungen, wie sie in den letzten Jahren in der Nähe der Burgen geschaffen sind oder nach dem Vorbild unserer Ahnen, treu mit der Waffe in der Hand das Vaterland gegen die maßlosen Ansprüche unserer östlichen Nachbarn zu schützen.

W. Boldemann.

Billiges Heizen.

Guter Haushalter. Wer möchte das nicht sein auch in den äußeren Dingen des Lebens, ja, muß es nicht sein in einer Zeit, da so mancher sich den Kopf zerbricht, wie er den Forderungen des Tages gerecht werden kann. Die Frage der Heizung der Pfarrhäuser, besonders aber der Kirchen, wird ja immer wieder in den kirchlichen Zeitschriften besprochen und bildet für Kirchenvorstände und Pfarrer eine stete Sorge.

Sicher ist, daß einmal künftige Generationen schwere Vorwürfe gegen eine Zeit erheben werden, in der man mit der kostbaren Kohle eine Mißwirtschaft ohnegleichen trieb.

Wer sich einmal überlegt, daß bei den gewöhnlichen Oefen, wie wir sie zumeist in Pfarrhäusern und Kirchen haben, 5/6 bis 7/8 der Wärme mit den Rauchgasen in den Schornstein zieht, wird sich mit Recht fragen, ob wir in dieser teuren Zeit in Haushalt und Kirche uns das noch leisten dürfen. Gewiß, man baut ja wohl heute Oefen, die theoretisch wenigstens bis zu 80, ja 90 % der Wärme ausnutzen sollen, allein die wenigsten haben sie, und werden sie einmal überhitzt, so daß Teile sich verbiegen, dann ist es in vielen Fällen bald mit der Herrlichkeit vorbei.

Man hat ja nun eine Menge von Vorrichtungen, die diesen Verlust mindern sollen, die alle mehr oder weniger auf dem Prinzip der vergrößerten Heizfläche beruhen, aber nicht die innere Seelenwärme nutzbar machen. Da möchte ich denn einmal aufmerksam machen auf eine neu erfundene Vorrichtung, der die herstellende Firma Christ. Metzger u. Co., Bad Homburg v. d. H., mit Recht den Namen Perplex gegeben hat und die nach eigner Erprobung den Wärmeverlust auf ein Minimum herabsetzt. Es handelt sich hierbei um eine Kombination von gewöhnlicher Heizung und Heißluftheizung in einfachster Art. Seit Monaten heize ich damit ohne Ofen und Brennmaterialien und all dem Schmutz, der doch nun einmal mit der gewöhnlichen Heizung verbunden ist, das Zimmer meiner neu zu mir gezogenen 76jährigen Mutter, und diese ist entzückt über diese angenehme Art der Heizung. „Das ist ja das Ei des Kolumbus" oder „Das ist der Ofen des armen Mannes" sind die Urteile, die ich immer wieder höre.

Mit dieser verblüffend einfachen Vorrichtung, die leicht an jedem Ofen angebracht werden kann, ist es in der Tat möglich, nicht bloß die Wärme des Ofens im eignen Zimmer auf mindestens das Doppelte zu erhöhen oder auch nötigenfalls die nicht gewünschte heiße Luft durch ein besonderes Rohr nach Belieben in ein anderes Zimmer zu leiten, so daß dies angenehm überschlagen ist (Schlafzimmer). Die Vorrichtung ermöglicht es, das anliegende oder überliegende Zimmer bei Durchführung des Ofenrohres in vollkommen gleicher Weise zu heizen, wie das auf so einfache und billige Weise bisher nicht möglich war. Ja, diese Erfindung setzt den einfachen Mann, der in der Küche wohnt, instand, mit dem sonst nutzlos in den Schornstein gehenden Rauch des Herdes auch das anliegende Wohnzimmer zu heizen, eine Winterhilfe, wie sie in der Tat schöner nicht gedacht werden kann.

Auch in Kirchen und Schulen wird die Verwendung dieses Apparates zu außerordentlichen Ersparnissen führen. Die einfache Vorrichtung kann von jedem Schlosser und Schmied angebracht werden.

Versailles muß revidiert werden!

Hitlers außenpolitische Hauptforderungen. — Eine Unterredung des Kanzlers mit dem englischen Oberst Etherton.

— London, 12. Februar. Reichskanzler Hitler hat dem englischen Obersten Etherton eine Unterredung gewährt, die im „Sunday Expreß" unter Copyright erscheint.

Auf die Frage des englischen Journalisten nach seinem Programm stellte Hitler folgende Hauptforderungen auf: Die Abrüstung sei das erste Problem, das Deutschland und die Welt lösen müßten, um eine Rückkehr des Friedens und der Wohlfahrt zu ermöglichen. Darüber sei sich jede deutsche Regierung einig. Deutschland habe seinen Teil für die Abrüstung getan. Entweder müsse Frankreich im selben Ausmaße wie Deutschland abrüsten, oder Deutschland müsse gleichgestellt werden. Die Lösung dieser schwierigen Fragen hänge weitgehend von der Stellungnahme und dem Gewicht der angelsächsischen Staaten ab. Der Versailler Vertrag müsse revidiert werden, da er sich als unglücklich nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrige Welt erwiesen habe, die er auf alle Zeiten in Sieger und Besiegte aufteile. Die durch den Versailler Vertrag geschaffenen Ungerechtigkeiten müßten beseitigt werden.

Er, Hitler, werde in jeder einzelnen Frage eine versöhnliche Haltung einnehmen, aber Paris müsse überzeugt werden, daß die im Versailler Vertrag auferlegten Bedingungen nicht mehr möglich seien. Die dauernde Erhöhung der französischen Rüstungen müsse beachtet werden. Die großen Geldbeträge, die Frankreich zur Verfügung habe, seien überraschend. Die Sicherheit der einzelnen Nationen müsse in einem durch ihre Umgebung und ihre unmittelbaren vernünftigen Bedürfnisse festgelegten Ausmaß gesichert werden. Die deutsche Regierung werde auf dieser Sicherheit für Deutschland bestehen, da sie durch Vereinbarung mit dem Völkerbund das Recht dazu habe. Der polnische Korridor müsse an Deutschland zurückgegeben werden, und zwar nach Ansicht der betroffenen deutschen Bevölkerung sowie aus anderen Gründen. Der polnische Korridor sei neben den Verträgen die größte Ungerechtigkeit gegen Deutschland. Die Frage des polnischen Korridors müsse bald gelöst werden. Der Kommunismus müsse *gänzlich* ausgerottet werden, um die friedliche Entwicklung und den Fortschritt Deutschlands möglich zu machen. Eine Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie stehe außer Frage. Ein Kampf Republik gegen Monarchie würde die Parteien spalten und endlose Schwierigkeiten in dem Augenblick aufrühren, wo Deutschland ein einheitliches Ganzes sein müsse, bis man Klarheit habe. Deutschland habe koloniale Bestrebungen. Die Lösung der Kolonialfrage müsse im Sinne der Gerechtigkeit gefunden werden. Deutschland brauche Kolonien ebenso notwendig wie andere Nationen.

Abschließend sagte Hitler, daß er von ganzem Herzen mit England zur Förderung des Weltfriedens zusammenarbeiten und bei niemandem Anstoß erregen wolle, wenn sich dies vermeiden lasse. Er bewundere Staatsleute vom Schlage Cromwells, und Deutschland brauche jetzt einen Cromwell, um aus dem gegenwärtigen Zustand dauernder Gefahren und Schwierigkeiten heraus in einen neuen Zeitabschnitt des Friedens und der Wohlfahrt geführt zu werden.

*

Scharfe französische Stellungnahme gegen Hitler.

Paris, 12. Februar. Die Erklärung, die Reichskanzler Hitler dem englischen Obersten Etherton abgegeben hat und die vom „Matin" übernommen worden ist, stößt in der französischen Presse auf schärfsten Widerstand und heftigste Kritik. Das nationalistische „Journal de Debats" schreibt u. a., daß man sich einer Art Ultimatum gegenübersehe, in dem lediglich die Angabe des Zeitpunktes fehle, an dem Hitler seine Forderungen erfüllt zu sehen wünsche. Mit einer Kühnheit, die nur durch die Dummheit, die in der Welt herrsche, gerechtfertigt werde, behaupte er, daß Deutschland vollkommen heruntergekommen sei und erklärte gleichzeitig in fast unverschämter Weise, daß man über die großen Geldmittel erstaunt sei, über die Frankreich verfüge. Wenn man sich auch über die Ziele der deutschen Politik noch nie im Unklaren gewesen sei und zugeben müsse, daß sich diese Politik nur dank der unglaublichen Fehler habe entwickeln können, die französischerseits gemacht worden seien, so sei es doch das erstemal, daß die Schwäche Frankreichs dazu führe, daß die Drohungen nunmehr öffentlich ausgesprochen werden könnten. „Paris Soir" greift die These Hitlers an, daß zwischen dem Sieger und dem Besiegten nicht ewig ein Unterschied gemacht werden könne. Ohne die Frage zu behandeln, ob der Versailler Vertrag eine Ungerechtigkeit sei, könne man schon jetzt dem Reichskanzler antworten, daß er sich auf dem Grundsatz der Nationalitäten aufbaue, was im Gegensatz zur Lage von 1815, wo man sich auf den Grundsatz des europäischen Gleichgewichtes gestützt habe, immer gerechter sei. Die drei Forderungen: Abrüstung Frankreichs, Rückgabe des Korridors und Rückgabe der Kolonien, seien nicht neu. Neu sei lediglich der Ton, in dem der Reichskanzler dies als Deutschlands Gebühren verlange. Hinsichtlich seiner Einladung an England, mit Deutschland an der Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu arbeiten, müsse man feststellen, daß auch Frankreich die Zusammenarbeit mit England als für den Frieden notwendig erachte. Die Wahl liege nunmehr bei England. Es sei jedoch zu hoffen, daß sich die englische Regierung klar entschließe und endlich die ewige Schaukelpolitik einstelle. Diesmal handele es sich nicht nur um das Wohl des Landes, sondern um das Schicksal der gesamten Zivilisation.

Was kann der „lame duck" Kongreß noch tun?

„Lame duck" (zahme Ente) ist der Spottausdruck des amerikanischen Volkes für den Kongreß, der noch tagt, während der neue Kongreß bereits gewählt ist. In der Regel wird in ihm nicht große Arbeit mehr geleistet, besonders dann nicht, wenn, wie es in diesem Jahr der Fall ist, der neue Kongreß eine wesentlich andere Zusammensetzung haben wird als der alte. In einem Artikel, der in Amerika berechtigtes Aufsehen hervorgerufen hat, wandte sich nun kürzlich der bekannte Professor der Volkswirtschaft Irving Fisher an den Kongreß, indem er ihm einen Plan unterbreitete, durch den es möglich sein würde, die wirtschaftlichen Verhältnisse über Nacht zu bessern. Was er vorzuschlagen hat, ist nichts anderes, als das an dieser Stelle schon öfter erwähnte Stempel-Notgeld (Schwundgeld). Auch bei uns haben verschiedentlich Männer der Wissenschaft die Unwiderlegbarkeit der freiwirtschaftlichen Theorien anerkannt. Sie bezweifelten aber immer die praktische Durchführbarkeit der Pläne. Der Amerikaner ist auch hier anders eingestellt. Ihn interessiert die Theorie sehr wenig, wenn sie nicht gleichzeitig in der Praxis erprobt ist. Gerade die Erfahrungen, die wir in Deutschland mit der Wäraaktion z. B. in Schwanenkirchen, die auf Veranlassung der Reichsbank verboten wurden, in Städten anderer Länder aber wiederholt wurden, sind es, auf die er sich stützt. Das Notgeldsystem, das nicht zur Inflation führen kann, findet z. Zt. in vielen Städten im Mittelwesten der Vereinigten Staaten seine Anwendung, und hier hat J. Fisher es genauer studiert.

In Hawarden wurde das Notgeld hauptsächlich benutzt, um den Arbeitslosen Arbeit zu geben. Seine Verwendung durch die sonst Arbeitslosen brachte die Verbraucher-Kaufkraft, die notwendig war, um sozusagen die Maschine wieder in Gang zu bringen. J. Fisher begründet seinen Plan in folgender Weise:

„Wie man sehr wohl weiß, sind Reflation und Stabilisierung die nötigsten Dinge. Reflation muß zuerst kommen und soll hier allein in Erwägung gezogen werden. Reflation ist Inflation in dem Maße, als sie zum Ausgleich der kürzlichen großen Deflation dient. Ueber diesen Punkt hinaus bedeutet Inflation ein Unheil. Inflation und Deflation sind nur insoweit gerechtfertigt, als sie einen Ausgleich untereinander schaffen. Um unser Geld und unseren Kredit in der richtigen Bahn zu haben, müssen wir, sobald sich eine Tendenz nach der einen Seite hin zeigt, das Steuer ein wenig drehen.

Die Maßnahmen, die bereits vom Präsidenten, Kongreß und Federal-Reserve-System bezüglich Reflation unternommen worden sind, sind soweit ausgezeichnet, nur müssen sie unglücklicherweise beim Produzenten, am Ende der langen Kette zwischen Hersteller und Verbraucher, anfangen. Der Stempel-Notgeld-Plan würde am andern Ende, also beim Verbraucher anfangen. Wenn durch das Federal-Reserve-System Kredite in die Banken gepumpt werden, dann stauen sich diese Kredite schon meistens dort und gelangen nicht zu dem Verbraucher. Manche Bank ist heute noch geradezu aufgebläht von Krediten, die sie nicht weitergeben kann, da ihre Kunden, die Kaufleute, nicht die geringste Lust zeigen, Kredite aufzunehmen, ehe sie nichts damit anzufangen wissen. Bis heute ist noch kein Kaufmann sicher, daß seine eigenen Kunden, die Verbraucher, kaufen werden. Zeigt sich erst einmal Nachfrage von seiten der Konsumenten, dann werden die Kaufleute nur allzugerne Anleihen machen und dann feststellen, daß ihre Banken mit den nötigen Mitteln versehen sind. Stempel-Notgeld wird dem Verbraucher die Kaufkraft geben, die notwendig ist, um von diesem Ende aus zu beginnen." Der Plan des Stempel-Notgeldes ist 1890 in Argentinien von einem deutschen Kaufmann, Silvio Gesell, ausgedacht worden, aber erst ganz kürzlich hat man diesem Plan die verdiente Aufmerksamkeit gewidmet und einen kleinen Versuch mit ihm gemacht."

Von diesem Plan erwartet J. Fisher eine Ueberwindung der Wirtschaftsdepression im Verlaufe einiger Wochen, vorausgesetzt, daß er richtig angewendet wird. Voraussetzung ist, daß der Kongreß das Federal-Reserve-System mit der Durchführung beauftragt. Darum wendet er sich mit der Frage an den Kongreß: „Wird es dem Kongreß gelingen, wenn er zum letztenmal zusammentritt, uns aus der Depression herauszuführen? Oder wird man nur die Zeit zubringen nach der Theorie, daß das Volk für den 4. März einen neuen Kongreß gewählt hat, der zum großen Teil aus neuen Abgeordneten besteht, und daß der Senat anstatt der republikanischen nunmehr eine demokratische Mehrheit besitzt?

In gewöhnlichen Zeiten mag es erlaubt sein, die Dinge ruhig abzuwarten. Brennt es aber einmal und das Feuer ist noch nicht am Verlöschen, dann ist ruhiges Abwarten nicht am Platze." H. V.

Programm der Kampffront

Bekenntnis zum konservativ-christlichen und sozialen Staat.

Berlin, 13. Februar.

Die Deutschnationale Volkspartei eröffnete den Wahlkampf mit einer Kundgebung der neugeschaffenen Kampffront Schwarz-Weiß-Rot im Berliner Sportpalast. Der Veranstaltung wohnten u. a. der Parteivorstand, Stahlhelmführer, Parlamentarier, die Staatssekretäre von Bismarck und Dr. Bang sowie Prinz und Prinzessin Oskar von Preußen bei. Insgesamt füllten etwa 15 000 Menschen den Sportpalast. Nach einleitenden Worten Rolf Brandts und des deutschnationalen Pressechefs Brosius gedachte der stellvertretende Parteivorsitzende, Dr. von Winterfeld, der Katastrophe in Neunkirchen. Dann nahm

Reichsminister Dr. Hugenberg

das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Lange Jahre des Siechtums, der Würdelosigkeit und der Ohnmacht liegen hinter uns. Allmählich aber regten sich wieder die guten alten Kräfte des Volkes und strebten nach neuer Gestaltung. Hindenburg führte sie zusammen und machte einen Bund unter ihnen, der Macht und Aufgaben verteilte.

Es wurde vereinbart, daß dies ein fester Bund auf Treu und Glauben sein sollte. Und da begann das Werk der Rettung. An diesem Punkte befindet sich heute Deutschland. Es hängt alles davon ab, daß die rettenden Kräfte die Macht behalten — wie sie es auf alle Gefahr hin wollen. Es hängt aber auch alles davon ab, daß sie untereinander einig und in dem Vertrage bleiben, den sie miteinander geschlossen haben.

Ich sage es offen: Ich wollte keine Neuwahl. Das neue Kabinett ist keine Neuauflage einer der zahlreichen parlamentarischen Regierungen, die wir gehabt haben. Sonst wäre ich nicht darin. Ein Werkzeug im Kampf um eine lichtere Zukunft: das ist diese neue Hindenburg-Regierung der nationalen Sammlung. Ich konnte und durfte den Zusammenschluß aber nicht an dem einen Punkt scheitern lassen, über den wir uns nicht verständigen konnten. Wir wählen also am 5. März noch einmal. Und Deutschland möge bezeugen, daß es das Wählen gründlich satt hat, indem es die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot wählt. Unter diesem Kennwort zieht die DNVP. in die Wahl.

Jetzt ist die Zeit der Taten gekommen. Der Gesamtwirtschaft zu helfen, ist meine Aufgabe. Wir sind in den Ministerien mit aller Kraft an die Arbeit gegangen. Einige kleine Maßnahmen konnten schon getroffen werden. Die Vorbereitung größerer ist im Gange."

Dr. Hugenberg beendete dann seine Rede mit einem Appell an die deutschen Arbeiter, Bauern und Mittelständler und mit einem Bekenntnis zu Deutschland. Nach Dr. Hugenberg nahm

Vizekanzler von Papen

das Wort. Redner betonte, der 30. Januar 1933 sei ein Wendepunkt in der Geschichte des Nachkriegs-Deutschlands und fuhr dann fort:

„Die Einigung, nun erreicht in ihren Führern, muß erkämpft werden auch innerhalb des deutschen Volkes. Die Parteifesseln sind zu eng geworden für die Nation, die sich im Feuer des Weltkrieges zueinander fand, und sie werden nicht mehr verstanden von der jungen Generation, auf der unsere Zukunft ruht. Die Zeitenwende fordert von uns heute mehr denn je den Impuls zu einer großen umfassenden nationalen Bewegung christlich konservativer Prägung, einer Bewegung, in der alle Kreise des deutschen Volkes vertreten sein müssen. An einer solchen Neuformung unserer politischen Willensbildung muß neben dem evangelischen auch der katholische Volksteil seinen selbstverständlichen Anteil haben.

Mit der Bildung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot haben wir den Anfang gemacht und den Grundstein für die Neuordnung der politischen Willensbildung gelegt.

Es handelt sich nicht um eine gewöhnliche Wahl, um Partei- und Parlamentsmehrheiten, sondern gewissermaßen um die letzte Heerschau, die die Regierung der nationalen Konzentration abhalten möchte, bevor sie die Entscheidungsschlacht mit der Not der Zeit und den deutschen Uebelständen beginnt."

„Ich sehe", erklärte von Papen, „als die entscheidende Aufgabe des 20. Jahrhunderts die Entproletarisierung des deutschen Volkes.

Wir müssen uns zu der revolutionären These bekennen, daß der Wiedereinreihung weiter Kreise unserer Volksgenossen in die Volksgemeinschaft nicht durch die Verwandlung Deutschlands in einen Rentenstaat sondern einzig und allein durch die Stärkung der Persönlichkeitsausrüstung und des Verantwortungsgefühls jedes einzelnen Deutschen erreicht werden kann."

Feuerüberfall auf SA.

— Halle, 13. Februar. In Eisleben kam es am Sonntag abend während eines SA-Aufmarsches zu einem kommunistischen Feuerüberfall, dem mehrere Tote und Verletzte zum Opfer fielen. Aus den Fenstern der Geschäftsstelle der KPD ist der Zug der SA beschossen worden. Die genaue Zahl der Toten und Verwundeten ist im Laufe der Nacht nicht zu ermitteln, doch steht fest, daß 2 SA-Leute getötet und zehn schwer verletzt wurden. Von den Schwerverletzten schweben vier in Lebensgefahr.

— Berlin, 13. Februar. In Berlin und in verschiedenen Städten des Reiches kam es in der Nacht zum Sonntag auf Montag zu Schießereien. In Berlin wurde ein Nationalsozialist verletzt. In Bochum ist ein Arbeiter von einem Polizeileutnant in Notwehr erschossen worden. In Dortmund wurde ein Kommunist erstochen. In Hecklingen wurde ein Nationalsozialist von einer unbekannten Person erschossen.

Die Opfer von Neunkirchen.

— Neunkirchen, 13. Februar. Die Zahl der Todesopfer des Explosionsunglückes wurde am Sonntag abend auf 80 geschätzt. Die amtlich festgestellte Zahl der Toten betrug bis gestern abend 54. In den Krankenhäusern liegen etwa 350 Verletzte. Einer amtlichen Meldung zufolge sind bisher 54 Tote geborgen worden. An der Beisetzung der Todesopfer, die am Dienstag stattfindet, wird im Namen der Reichsregierung voraussichtlich Vizekanzler von Papen teilnehmen.

Hitler eröffnet Autoschau

Das Hilfsprogramm für die deutsche Kraftwagenindustrie.

Berlin, 13. Februar.

Die unter der Schutzherrschaft des Reichspräsidenten von Hindenburg stehende Internationale Automobil- und Motorradausstellung Berlin 1933 wurde am Sonnabendvormittag in Gegenwart des Reichskanzlers als Vertreter des Reichspräsidenten eröffnet. Mehr als 1000 Personen wohnten der Eröffnungsfeierlichkeit in der Messehalle am Kaiserdamm bei. In Begleitung des Reichskanzlers befanden sich die Minister Göring, Frick und Hugenberg. Der Kanzler und die Minister wurden vor den Ausstellungshallen von einer mehrere tausend Köpfe zählenden Menschenmenge mit lebhaften Kundgebungen empfangen.

Die Eröffnungsansprache hielt Geheimrat Dr. Allmers, der Präsident des Reichsverbandes der Automobilindustrie, der darauf hinwies, daß es der deutschen Automobilindustrie in zwölfjährigem schweren Ringen gelungen sei, die fremde Einfuhr mehr und mehr zurückzudrängen. Die deutsche Automobilindustrie könne aber noch mehr aufholen und Hunderttausende von Arbeitern mehr Arbeit und Brot geben, wenn die unerträglichen Abgaben gemildert würden.

Nachdem noch Oberbürgermeister Dr. Sahm auf die engen Beziehungen der Reichshauptstadt zu der Automobilwirtschaft hingewiesen hatte, ergriff

Reichskanzler Hitler

das Wort zu einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede, in der er zunächst im Namen des Reichspräsidenten, des Protektors der Automobilausstellung der deutschen Automobilindustrie, die aufrichtigen Glückwünsche zur Eröffnung der Ausstellung aussprach. Hitler führte dann u. a. folgendes aus: „Als Mann, der selbst seit vielen Jahren den Kraftwagen als unentbehrliches Verkehrsinstrument kennen und schätzen gelernt hat, freue ich mich über die Ehre, diesen Auftrag übermitteln zu dürfen." Hitler gab dann einen Ueberblick über die Umwälzung des Verkehrs, die durch die Erfindung des Explosionsmotors hervorgerufen worden sei. Daimler und Benz, die Väter der Kraftfahrzeugindustrie, zwei Deutsche, verdienten das größte Lob. Im Kraftfahrzeug und im Flugzeug besitze der Mensch zwei Mittel, mit denen er jeden Verkehr bewältigen könne. Beide Verkehrsmittel können aus dem wirtschaftlichen Leben nicht mehr hinweggedacht werden.

„Vor dem Weltkriege", so fuhr Hitler fort, „war es unserer Kraftwagenindustrie gelungen, sich unter den damals in erster Linie konkurrierenden Nationen den ersten Platz zu erobern. Der Krieg zwang auch diese Industrie zu einer Umstellung. Die Abschnürung von der übrigen Welt führte mit dazu, daß nach Kriegsende fünf Jahre verlorengegangen waren. Die Katastrophe der Revolution lähmte wie überall auch hier für Jahre Glauben und Zuversicht.

Und dennoch, heute können wir mit Stolz feststellen, die deutsche Automobilindustrie hat ihre alte Stellung in der Welt wieder eingenommen.

Die schweren Wagen unserer Meisterklassen werden von keinen anderen Erzeugnissen fremder Automobilindustrien übertroffen. Die aus der Not der Zeit und unserer Gesetzgebung geborenen Kleinwagen sind unerreicht. Dasselbe gilt für den Transport- und Lastwagenbau. Diese staunenswerte Entwicklung verdanken wir nur der privaten Initiative unserer Automobilwirtschaft. Jahrelang hat die Art unserer Steuergesetzgebung dem deutschen Automobilbau ohne Zweifel schwersten Schaden zugefügt. Die Höhe der öffentlichen Lasten ist geeignet, den Verkehr langsam abzudrosseln, statt zu fördern. Milliarden an Arbeitsstunden wurden vergeudet, während unser Straßennetz immer mehr verkommt."

Hitlers Hilfsprogramm

Der Reichskanzler gab dann das aus vier Punkten bestehende Hilfsprogramm für die deutsche Automobilindustrie bekannt:

1. Herausnahme der staatlichen Interessenvertretung des Kraftwagenverkehrs aus dem Rahmen des bisherigen Verfahrens. Der Kraftwagen gehört seinem Wesen nach mehr zum Flugzeug als zur Eisenbahn.

2. Allmähliche steuerliche Entlastung.

3. Inangriffnahme und Durchführung eines großzügigen Straßenbauplanes.

4. Förderung der sportlichen Veranstaltungen.

Der Kraftverkehr muß die für ihn erforderlichen Automobilstraßen erhalten. Hier liegt eine große Aufgabe, die mit zu dem Aufbauprogramm der deutschen Wirtschaft gehört.

Dank an Unternehmer und Arbeiter

Im Namen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung sprach Hitler allen Angehörigen der Automobilindustrie herzlichen Dank aus für das, was sie aus eigener Initiative geleistet hätten. Unternehmer, Industrielle und Kaufleute hätten den Wagemut besessen, in einer traurigen und verlustreichen Zeit den Kampf gegen die Kraftwagenindustrie des Auslandes aufzunehmen. Dieser Dank gelte auch den unzähligen deutschen Konstrukteuren und Technikern. Zu erinnern sei auch an die große Armee unserer deutschen Arbeiter, deren Fleiß und Fähigkeit und unerhörtes Können die Wunderwerke ermöglichten.

„Möge das deutsche Volk die Arbeit, den Fleiß und die Genialität so vieler Kräfte auch seinerseits würdigen. Möge es nicht vergessen, daß viele Zehntausende unserer Volksgenossen arbeitslos sind und erwarten dürfen, daß das ganze Volk sich ihrer erinnert und aus Solidarität mit ihrer Not der deutschen Arbeit die Hand reicht. Dann erst kann die nationale Wirtschaft wieder gedeihen."

Reichskanzler Hitler, dessen Rede wiederholt von lebhaften Beifallskundgebungen unterbrochen wurde, erklärte hierauf die Automobilausstellung für eröffnet.

Geheimrat Allmers dankte dem Reichskanzler persönlich und als Vertreter des Reichspräsidenten für das warme Eintreten für die Interessen der Automobilindustrie. Mit dem gemeinschaftlichen Gesang des Deutschlandliedes schloß die Eröffnungsfeier. Es schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung an. Auf der Ausstellung werden 350 Kraftwagen und etwa 100 Motorräder gezeigt.

Der Kanzler im Wahlkampf

Hitlers Reiseprogramm. — Noch zehn große Reden.

Berlin, 13. Februar.

Nach der ersten großen Rede im Berliner Sportpalast wird Reichskanzler Hitler im Laufe des Wahlkampfes noch an zehn anderen Kundgebungen der NSDAP. teilnehmen. Nach den bisherigen Dispositionen wird er in folgenden Städten sprechen:

Am 15. Februar in Stuttgart, 17. Februar in Dortmund, 19. Februar in Köln, 23. Februar in Frankfurt a. M., 26. Februar in München, 28. Februar in Leipzig, 1. März in Breslau, 2. März in Berlin, 3. März in Hamburg, 4. März in Königsberg.

Die Reden in Berlin und Königsberg werden auf alle deutschen Sender übertragen werden, die übrigen Reden auf die örtlichen Sender.

Mackensen als Reichstagskandidat.

Die ersten drei Kandidaten der Reichsliste der neugebildeten „Schwarz-Weiß-Roten Kampffront" stehen bereits fest, und zwar steht an der Spitze Generalfeldmarschall von Mackensen, es folgt dann Vizekanzler von Papen und als dritter Reichsminister Franz Seldte. Franz Seldte will übrigens außerdem in den Wahlkreisen Magdeburg und Merseburg kandidieren. Dr. Hugenberg wird, wie wir aus deutschnationalen Kreisen hören, die Spitzenkandidatur der meisten Wahlkreislisten der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" übernehmen.

Wie die Pressestelle der Deutschen Volkspartei mitteilt, bleibt das Wahlabkommen der christlich-nationalen Parteien (Deutsche Volkspartei, Volksdienst und Deutsche Bauernpartei) neben dem deutschnationalen Wahlblock unverändert bestehen mit dem Ziele, jede erreichbare Stimme für die gesamtnationale Bewegung zu sichern. — Die Wirtschaftspartei will sich diesem Abkommen sowohl für die Reichstagswahl als auch für die Preußenwahl anschließen.

Minister a. D. Becker †

Berlin, 13. Februar.

Der frühere preußische Kultusminister Professor Dr. Karl Heinrich Becker ist einer schweren Lungenentzündung erlegen, die er sich als Folge einer verschleppten Grippe zugezogen hatte.

Professor Becker ist 56 Jahre alt geworden. 1916 trat er von der Universität Bonn, wo er das Orientalische Seminar geleitet hatte, als Vortragender Rat in das preußische Unterrichtsministerium ein. Nach der Revolution berief ihn der neue Unterrichtsminister Haenisch als Staatssekretär in sein Ministerium. Von 1925 bis 1930 war er Kultusminister im Kabinett Braun. Nach seinem Rücktritt Anfang 1930 übernahm Dr. Becker den Lehrstuhl für Islam-Wissenschaft an der Berliner Universität. Er war erst vor kurzem von einer Studienreise nach China und Japan zurückgekehrt.

Der Reichskommissar für das Land Preußen, Vizekanzler von Papen, sowie der Kommissar für das preußische Kultusministerium, Dr. Rust, haben der Witwe des Verstorbenen ihre aufrichtige Teilnahme ausgesprochen.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. Ausstellung des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Durch ein bedauerliches Versehen wurde hier noch nicht hingewiesen auf die Ausstellung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, die der Jungdeutsche Orden am Freitag in der Volkslesehalle eröffnet hat, und die dort bis Dienstag, den 14. Februar, von 10 — 20 Uhr geöffnet ist. Die Ausstellung gibt einen Ueberblick über die Entwicklung des Arbeitsdienstes in der Art, wie sich der Orden dafür eingesetzt hat. In diesen beiden Tagen ist nun noch Gelegenheit, die mit Fleiß und Verständnis zusammengestellte Ausstellung zu besichtigen. Die Sache dürfte schon das lebhafteste Interesse des Publikums beanspruchen.

Bielefeld. Auf den am Donnerstag, den 16. Februar, abends 8¼ Uhr im Saale des Altstädter Gemeindehauses, Grünstraße, stattfindenden Lichtbilder-Vortrag, bei dem P. Alfons Schwartz über seine Erlebnisse in 13jähriger Kriegsgefangenschaft auf der Teufelsinsel und in Cayenne sprechen wird, machen wir noch einmal aufmerksam. Der persönliche Bericht von P. Alfons Schwartz wird zweifellos Interesse finden. Mehr als 10 Jahre wurde von deutscher Seite um die Freigabe dieses Mannes gekämpft. Kamerad Irbrügger von der Bundesleitung der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener wird den Abend einleiten mit einem Bericht über diesen Kampf. Mitglieder der Stahlhelmkapelle werden den Vortrag mit musikalischen Darbietungen umrahmen. Karten zum Preise von 1,— RM und 0,50 RM sind in der Pfefferschen Buchhandlung, dem Städtischen Verkehrsamt und in der Zigarrenhandlung Pott, Niederstraße, sowie an der Abendkasse zu haben. Ein etwaiger Ueberschuß soll für die von der Reichsvereinigung betriebene Vermißtennachforschung verwendet werden.

Bethel.

— **Frauenhilfe.** Mittwoch, den 15. Februar, nachmittags 3½ Uhr im Assapheum.

— **Christlicher Verein junger Männer.**
Heute, Montag, 8¼ Uhr Singen in der Aufbauschule.
Dienstag 8¼ Uhr Mitgliederversammlung in Gosen.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Selig sind die Toten, die in dem Herrn sterben. Offenb. 14, 13.

Heute nacht 3 Uhr wurde nach kurzer Krankheit meine liebe Frau, unsere herzensgute und unvergeßliche Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Lydia Lange
geb. Femmer

im 41. Lebensjahre im festen Glauben an ihren Erlöser im Frieden heimgerufen.

Bethel b. Bielefeld, den 10. Febr. 1933.
Pellawag 26

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Hermann Lange

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, dem 14. Februar 1933, um 3 Uhr von der Zionskirche in Bethel zum Bethelfriedhof.

Winterhilfe für Jedermann

durch meinen gesetzl. gesch. **Hitzfänger Perplex** anschließbar an Ofen und Herd.

Heizt in gleicher Weise Zimmer nebenan u. darüber ohne Ofen u. Kohle. Je nach Größe 15 bis 20 RM.

Heinr. Weck, Ober-Eschbach bei Bad Homburg v. d. H.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Zu den bereits herausgegebenen vier Traktaten

Nr. 1: **„Todessiegel od. Lebensschlüssel?"** (Trost am Grabe),
Nr. 2: **„Deine Gerichte sind recht"** (Sterben und Ewigkeit),
Nr. 3: **„Nun leuchte ich heller"** (Trost in Krankheit und Not)
Nr. 4: **„Omnia Transit"** (Entscheidung, Gericht)

haben wir nun noch vier weitere neu herausgebracht. Durch mancherlei Zuschriften wurden wir dazu ermuntert. So schrieb uns jemand in diesen Tagen:

„Bitte schicken Sie mir von Ihren Traktaten, die sich gut zum Verteilen an Arbeitslose, die täglich an unsere Tür klopfen, eignen. Man möchte doch diesen armen Leuten gern ein gutes Wort mitgeben."

Ein anderer schreibt:

„Haben Sie nicht in Ihrem Verlag irgend ein kleines Blättchen, das sich eignet, den Durchreisenden, die täglich an die Tür kommen, in die Hand zu geben. Bitte schicken Sie mir 100 Stück.

Die Titel der vier neuen Traktate lauten:

Nr. 5: **„Das Wort vom Kreuz ist Gottes Kraft"** (Traktat für die Passions- und Osterzeit geeignet)
Nr. 6: **„Nutze die Gelegenheit!"** (Die große Gelegenheit)
Nr. 7: **„Wenn du noch eine Mutter hast .."**
Nr. 8: **„Du und dein Nachbar."** (Aufgaben aneinander und füreinander)

Freundliche Bestellungen erbittet
Schriftenniederlage d. Anstalt Bethel
Postscheckkonto Hannover 49657

Stellengesuche und Angebote haben im „Aufwärts" großen Erfolg!

Bei **Grippe,** Husten, Bronchial- und Lungenkatarrh nur **Godesberger Brust-Hustenkräuter**
Paket RM 1.35
(Man achte auf die rote Schutzmarke und Godesberg)
Wo nicht erhältlich, portofreier Versand durch Godesberger Kräutervertrieb G. m. b. H., Bad Godesberg

Evangel. Stiftsanstalten in Freiburg i. B.

1. **Haushaltungsschule:**
Gründliche Ausbildung in allen Zweigen der Hauswirtschaft, Küche, Handarbeit, Säuglingspflege und Kindergarten. Pensionspreis 75.— Mk. pro Monat einschl. Schulgeld. Anmeldungen an die Leitung, Hebelstr. 36. Uebertritt ohne besondere Prüfung in das
2. **Kindergärtnerinnen- u. Hortnerinnenseminar, Hebelstr. 34**
Zweijähriger Ausbildungslehrgang mit staatlicher Abschlußprüfung. Aufnahmealter: 17. Lebensjahr. Beginn des nächsten Lehrgangs nach Ostern 1933. Schülerinnenheim, Prospekt und Auskunft Hebelstr. 34.
3. **Ev. Studenten-** (Herrenstr. 7.) **und Studentinnenheim** (Hermannstr. 16.)
Gute Unterkunft mit und ohne Pension.

Winter in der Schweiz
Herrl. alpine Sonnenlage, 1060 m. Trautes Familienleben. Liegekuren. Schneesport. Ausbildg. von Haustöchtern. Notzeitl. niedr. Preise. Ill. Prospekt v. Dr. R. Burckhardt, Pfr. Evang. Erholungsheim **Hasliberghaus** Goldern (Berner Oberland).

Honig
Gar. rein Bien.-Blüt.-Schleuder, hell, goldklar, Dose 9 Pfd. netto RM 9,60, 3½ Pfd. netto RM 4.— frei dort Nachn. Gar. Zurücknahme. J. Fischer, Oberneuland 5, Bezirk Bremen, Honiggroßhandlung, u. Großimkerei.